TÜRKİYE BARIŞ ve ÖZGÜRLÜK KOMİTESİ

Europakomitee für Frieden und Freiheit

European Commitee for Peace and Freedom

Comitee Europeen des Turcs pour Paix et Liberte

Komiteya Aşitî û Rizgari Tirkiye

juli-august 79



TÜRKEI HEUTE



Frauen der Türkei gegen Faschismus

INFORMATIONEN
DOKUMENTATIONEN ANALYSEN

INHALT

„U 2-Krise und die Realität"

Von Mahmut Dikerdem, Präsident der "Friedensgesellschaft der Türkei" (Bariş Dernegi), veröffentlicht in Politika, vom 21.6.79.

"Die Diskussion über die Spionageflüge der U 2 erregten in der türkischen Öffentlichkeit große Aufmerksamkeit und machte es möglich, daß die Bevölkerung die Widersprüchlichkeit der türkischen Außenpolitik und die Dimensionen der äußeren Abhängigkeit erkennen konnte.
Die Abhängigkeit der Ratifizierung des Salt II-Abkommens durch den US-Senat von der Erlaubnis für die U 2-Flüge seitens der türkischen Regierung, stieß in der Türkei auf heftige Reaktionen.

Der offiziellen Haltung Ministerpräsident Ecevits entsprechend sollten sich die USA und die UdSSR über diesen Konflikt einigen und dann diesbezügliche Anträge an die türkische Regierung stellen. Der Ministerpräsident deutete in seiner Erklärung an, daß "die Türkei für Frieden und Entspannung die U-2-Flüge ermöglichen könnte."

Auf den ersten Blick scheint diese Haltung der Sicherung des Friedens und der Entspannung entgegenzukommen und sich nicht gegen die Prinzipien der nationalen Verteidigung zu richten, was jedoch aus verschiedenen Gesichtspunkten heraus falsch und gefährlich ist.

Wie bereits am 4.6.79 von Ayşe Dicleli und am 5.6.79 von Hüseyin Baş in "Politika" festgestellt wurde, ist die Übertragung der Entscheidung über die U 2-Flüge auf andere Staaten nicht vereinbar mit der Souveränität und Unabhängigkeit eines Staates, denn diese Entscheidung kann nur von türkischen Behörden gefällt werden.

Außerdem bringt Ecevit die U 2-Spionageflüge, die nur für die USA von Wichtigkeit sind, und das Salt II-Abkommen, das für die gesamte Menschheit große Bedeutung hat, zusammen. Kurz gesagt: Die Forderung der USA gegenüber der Türkei stellt einen außerordentlichen Druck dar und hat nichts mit Frieden und Entspannung zu tun!

Interessant war die Reaktion von Oppositionsführer Demirel. Er stellte sich gegen die U 2-Flüge und stellte fest, daß eine Erlaubnis die Türkei in eine "gefährliche Situation" bringe. Diese

Reaktion Demirels klingt so patriotisch, daß man Tränen vergießen könnte.
Aber die Antwort auf die Frage steht aus, ob die US-Militärbasen und nuklearen Waffen, die hauptsächlich in der Regierungsperiode Demirels stationiert wurden, die Türkei nicht auch in eine gefährliche Situation gebracht haben und ob es nur die U-2-Flüge tun?

Die interessanteste Haltung gegenüber der U 2 dokumentierte der Senator und Schriftsteller Metin Toker, die am 3.6.79 in der Tageszeitung "Hürriyet" veröffentlicht wurde: "Daß wir in einen Engpaß gedrängt werden, nur weil Carter das Salt II-Abkommen vom US-Senat ratifiziert durchbringen möchte, ist für uns nicht zu fassen und nicht zu akzeptieren."

Bedauerlicherweise verteidigt Herr Toker seine Meinung nicht, weil die U 2-Flüge verboten werden sollten, sondern weil dieser Konflikt bei den Verhandlungen des türkisch-amerikanischen Abkommens über Verteidigung und Zusammenarbeit ausgenutzt werden soll.
Seine Meinung dazu: "Es ist natürlich, daß die U 2-Flüge in diesem Rahmen genutzt werden können, weil die US-Militärbasen in unserem Land prinzipiell einen Beitrag zum Frieden leisten."

Hier erkennt man den Kern des Problems.Denn wenn man davon ausgeht, daß die US-Militärbasen einen Beitrag zum Frieden leisten, dann kann man auch die U 2-Flüge erlauben. Die U 2 sind nämlich Bestandteil der US-Militärbasen. Wenn man bedenkt, daß die Türkei auf der NATO-Tagung vor einigen Monaten in Brüssel, an der Stationierung der AWACS in Konya (ein Überwachungssystem aus der Luft) interessiert war, dann ist zu verstehen, daß die Gefahr durch die U 2 nicht als groß erachtet wird.

Und selbst Metin Toker empfiehlt: "Das Verhältnis der Risiken von U 2 für die Türkei zu den Vorteilen für die USA können Experten berechnen und für die türkisch-amerikanischen Verhandlungen ausnutzen. Dies kann man machen, da die Amerikaner an solche Verhandlungen gewöhnt sind. Jedoch mit einer Bedingung: nur wenn die US-Militärbasen in der Türkei eine Hilfe, einen Beitrag für den Weltfrieden und die Entspannung leisten."

Aber die Realität, die sowohl von der Ecevit-Regierung als auch von den vorherigen Regierungen vor dem Volk verschleiert wurde, ist, daß NATO und US-Militärstützpunkte nicht dem Frieden und der Entspannung dienen, sondern das sie ein Element zu dauerhaften Destabilisation im Nahen Osten sind.

In der Vergangenheit wurden diese Militärstützpunkte gegen die arabischen Länder eingesetzt. Solche Initiativen beunruhigten unsere Nachbarstaaten und die arabische Welt, sie führten zur Isolation der Türkei in dieser Region.

Der Beitrag der Türkei für Frieden und Entspannung

Seit der Helsinkier Konferenz ist die Bedeutung des Begriffs Entspannung deutlich geworden. Die Entspannungsphase ist nicht länger ein militärischer Pakt der Kalten-Kriegs-Periode, sondern ein Fortschritt zur Vertiefung und Stabilisierung der Abrüstung. Anders zu denken ist nur ein Vorwand, um die Rolle als US- und NATO-Gendarm im Nahen Osten zu übernehmen.

Die U 2-Krise verdeutlicht nochmals die Tatsache, daß NATO- und US-Militärbasen in unserem Land eine Kapitulation unserer nationalen Sicherheit und nationalen Wirtschaft gegenüber dem Imperialismus verursacht haben."

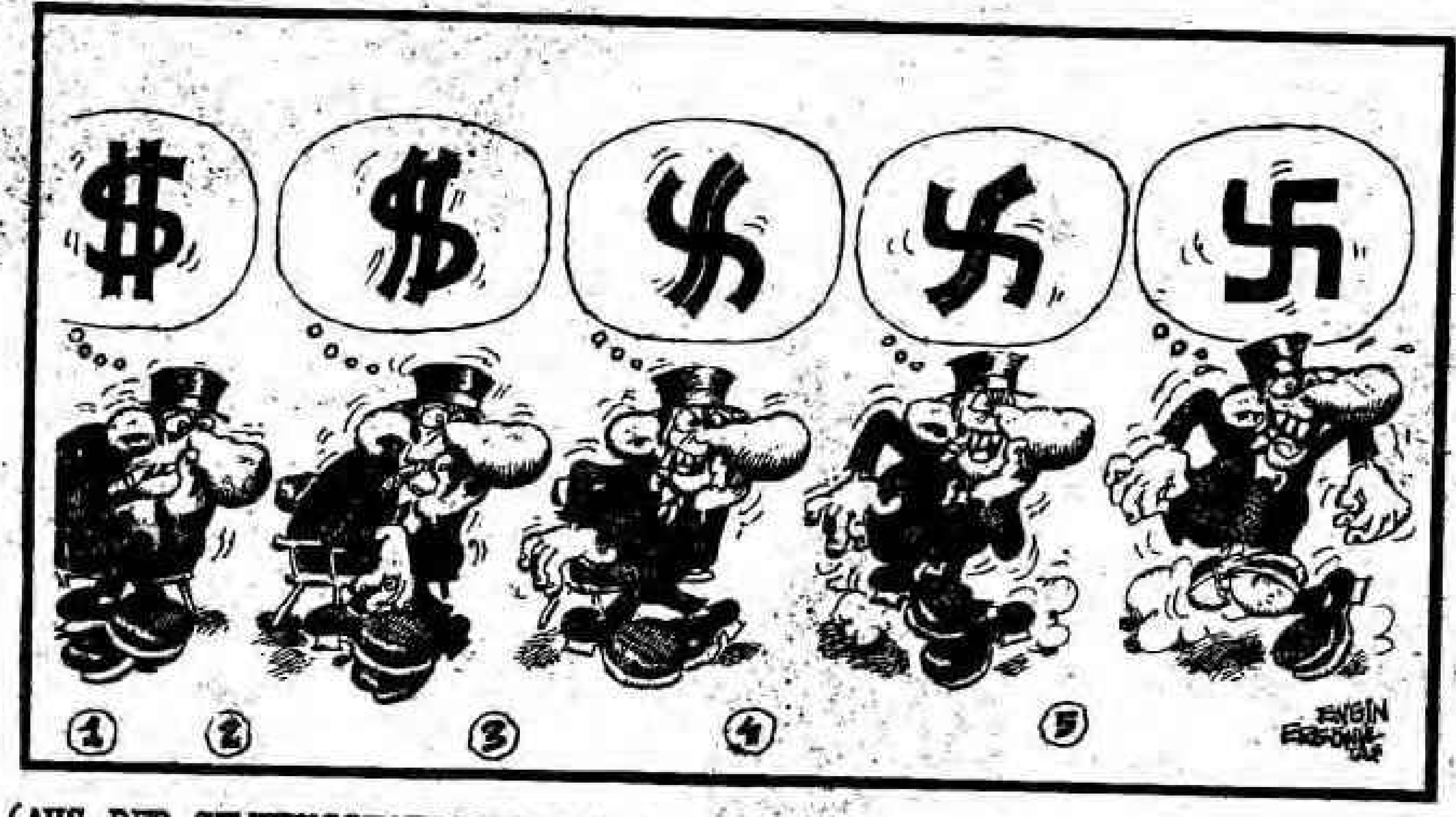
Solidarität der Friedenskräfte

Eine zehnköpfige Delegation der "Friedensgesellschaft der Türkei" unter Führung ihres Generalsekretärs Enis Coşkun, hielt sich Anfang Juli dieses Jahres auf Einladung des "Sowjetischen Komitees zur Verteidigung des Friedens" in der Sowjetunion auf.

Die Delegation tauschte Erfahrungen mit verschiedenen gesellschaftlichen Organisationen aus, darunter mit dem "Komitee für Afro-Asiatische Völkersolidarität" und mit dem Institut für Orientalistik an der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Die Delegation wurde auch vom Präsidium des Obersten Sowjet der UdSSR zu einem Gespräch empfangen.

Anläßlich dieses Besuches haben die Friedensgesellschaft der Türkei und das Sowjetische Komitee zur Verteidigung des Friedens eine Erklärung herausgegeben, in der unterstrichen wird, daß beide Seiten gleicher Meinung sind darüber, daß die Solidarität mit dem Volk Vietnams fortgesetzt, eine friedliche und gerechte Lösung für die Probleme des Nahen Ostens und Zyperns gefunden werden muß. Weiterhin wurde darin der Aufruf des Weltfriedensrates zur Solidarität mit dem Volk Afghanistans unterstützt und das Recht des nikaraguanischen Volkes auf Selbstbestimmung betont.

Druck der Großbourgeoisie



(AUS DER GEWERKSCHAFTSZEITUNG MADEN-IŞ,vom 15.4.79)

Die groß angelegten Angriffe seitens der AP, MHP und MSP auf die CHP- dominierte Regierung hielten auch den Monat Juni hindurch an. Die AP beschuldigte in einer Erklärung sogar den Staatspräsidenten Korutürk, "das Leben der Regierung verlängern zu wollen" (Politika, 4.6.79).

Gegen diese Beschuldigung reagierten Korutürk sowie Ministerpräsident Ecevit äußerst scharf und warfen ihrerseits der AP vor, "in Zusammenarbeit mit dem Großkapital die Regierung...stürzen" zu wollen (Politika,4.6.79).

Dieser Vorwurf fand seine Bestätigung in einer Stellungnahme des Großunternehmers und Vorsitzenden der Sabancı-Holdinggesellschaft, Sabanci, der sich vor allem für die IWF-Forderungen stark machte

und erklärte: "Wir werden zur Besinnung kommen und eine Regierung bilden lassen, die die Probleme lösen wird" (Politika, 4.6.). Damit meint er natürlich nichts anderes als die Lösung der Probleme des Großkapitals, deren uneingeschränkte Profitinteressen durch Rohstoff- und Devisenmangel negativ beeinflußt werden.

Auch Rahmi Koç, ein Vertreter der kollaborierenden Bourgeoisie und Vorsitzender der größten Holdinggesellschaft - der Koç-Holding - schrieb in der US-Zeitschrift "Leader": "Wir Türken werden eine richtige Regierung und richtige Führer wählen und unseren Mann stehen, um erforderliche Umwandlungen in der Innen- und Außenpolitik herbeizuführen" (Tercüman, 23.7.79).

Ob jedoch die Großbourgeoisie die Ecevit-Regierung tatsächlich zu stürzen gewillt ist, ist fraglich. Denn noch ist diese in der Lage, trotz des begrenzten Einflusses der CHP auf die Werktätigen, die massenhaften Proteste zu unterdrücken.

Für die Grossbourgeoisie kommt es darauf an, durch Drohungen und Terrorakte ihres verlängerten und bewaffneten Armes, der "Grauen Wölfe", der Ecevit-Regierung eine äußerst rechte Innen- und Außenpolitik aufzuzwingen.

Betrachtet man die von der Regierung getroffenen Wirtschaftsmaßnahmen und die ohnmächtige Haltung dem IWF gegenüber, so kann man feststellen, daß die Großbourgeoisie in dieser Hinsicht erfolgreich war (siehe auch S. 32).
Denn sonst hätte sie nichts unversucht gelassen, um eine "große Koalition" zwischen der CHP und AP zu erzwingen.

Gerade in diesem Punkt wären die türkischen Kollaborateure nicht allein. So setzte sich selbst der niedersächsische Finanzminister Leisler-Kiep, der nur der Türkei zuliebe (!) durch die ganze Welt reiste und sein Bestes gab für die Festigung der Bindungen der Türkei an die internationalen Finanzmächte, für eine "Große Koalition" ein:
"Wären wir mit einer solchen Lage konfrontiert, so würden wir uns ernsthafte Gedanken über eine große Koalition machen", empfahl er seinen türkischen Kollegen (Cumhuriyet, 6.6.79).

Diese und ähnliche Angriffe der reaktionär-faschistischen Kreise, nicht zuletzt auf die Regierung, verschärften sich besonders seit Mitte Juni, da das türkische Parlament ab 3.Juli in eine lange Sommerpause treten wird, in diesem Jahr sogar drei Monate.

Nachdem Staatsminister Hilmi Işguzar unter Druck einer parlamentarischen Anfrage am 8.6.79 zurücktreten mußte, kündigte Demirel den weiteren Kampf mit den Worten an: "Wir werden der Regierung den entscheidenden Schlag versetzen. Die Ohrfeige, die wir ihr versetzen, wird von Indien, von China zu hören sein" (Cumhuriyet, 7.6.79).

Der Rücktritt Işguzars war jedoch eine Enttäuschung für Demirel, denn die Parlamentsdebatte über diese Anfrage und die Abstimmung als Vertrauensabstimmung, die den Sturz der Regierung zur Folge haben sollte, zog diese Konsequenz nicht nach sich.

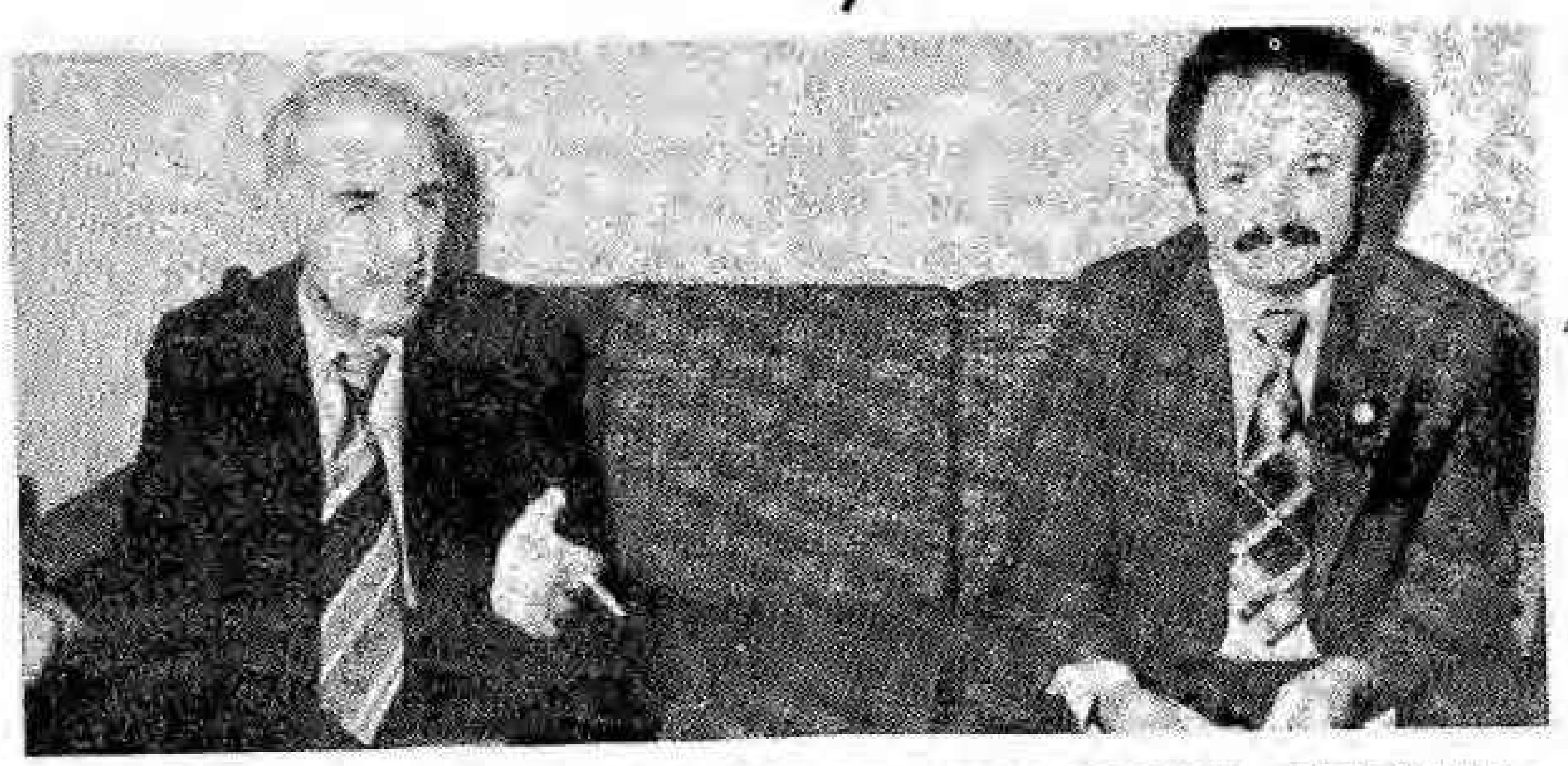
Demirel's „Krisenstrategie"

Über die Politik Demirels schrieb der Kolumnist Ugur Mumcu in "Cumhuriyet" am 8.6.79:
"Zunächst sei die Methode Demirels benannt: 'Krisenstrategie'. Diese Krisenstrategie verfolgt das Ziel, unter Mißbrauch strittiger Themen im politischen Leben Spannungen hervorzurufen. Demirel hält es für angebracht, für die Teilwahlen für 1/3 der Mitglieder des Senats, die im Herbst stattfinden werden, eine Atmosphäre der Spannungen zu schaffen. Wenn nämlich die AP bei diesen Wahlen gut abschneidet, dann wird sie sehr bald Forderungen nach Neuwahlen durchzusetzen versuchen."

Abgeordnetenmarkt im Parlament

Dem Rücktritt Işguzar s folgten weitere parlamentarische Anfragen seitens der AP und MHP gegen Regierungsmitglieder, die damit zum Rücktritt gezwungen werden sollten.

Am 16.Juni erklärte der CHP-Abgeordnete Ahmet Karahan seinen Rücktritt und schloß sich der AP an.
Ihm folgte am 18.Juni der Staatsminister Ali Riza Septioglu.
Am 19.Juni kehrte der derzeit unabhängige Abgeordnete Yıldırım zum dritten Mal in die CHP zurück.
Am 21.Juni schlossen sich die Abgeordneten Cengiz und Musaoglu, die kürzlich aus der CHP austraten, der AP an.



CHP-ABGEORDNETEN BEKIR ADIBELLI UND KILIC SORGUCU. IHNEN WURDE VON DEN AP-KREISEN ANGEBOTEN, IHR KÖRPERGEWICHT GEGEN GOLD AUFZUWIEGEN, WENN SIE IN DIE AP ÜBERWECHSELN WÜRDEN.

Dieser häufige Parteienwechsel der Abgeordneten ist typisch für bürgerliche Parlamente in der Krise, ganz besonders jedoch für das türkische.
Blickt man auf die jüngste Vergangenheit zurück, kann man zahlreiche Beispiele für diese Erscheinung innerhalb des türkischen Parlaments feststellen.

In einem Bericht der Tageszeitung "Politika" vom 17.6.79 heißt es dazu:
"Seit den Wahlen 1977 sind 21 Abgeordnete aus den Parteien ausgetreten. 5 aus der CHP, 14 aus der AP, 1 aus der CGP und 1 aus der MHP. In diesen Zahlen sind diejenigen ausgenommen, die zunächst aus ihren Parteien austraten und dann wieder zurückkehrten, mit der Begründung, sie hätten entweder die 'durchgemachte Krise' überstanden, oder sie hätten erhalten, was sie von ihren Parteien erhofft hatten."

In einem Artikel des Tageszeitung "Cumhuriyet" vom 2. und 3.7. stand unter der Überschrift "91 Parlamentarier haben 1 bis 4 mal ihre Partei gewechselt":
"Es ist festgestellt worden, daß z.Zt. 74 Abgeordnete und 17 Senatoren ihr politisches Leben in einer anderen Partei führen, als in der, in der sie gewählt wurden."

Diese Praxis ist seit eh und je Merkmal des türkischen Parlaments. Demirel z.B. veranlaßte im Herbst '74 über 40 Mitglie-

der der Nationalen Heilspartei (MSP) Erbakans mittels Bestechung und Versprechungen auf Ministerposten, in seine Partei, die AP, überzuwechseln. Damit hatte er die absolute Mehrheit für die Bildung der Nationalistischen Front (MC).
Besonders in den Reihen der CHP löste dies heftige Proteste hervor. CHP-Vorsitzender Ecevit wies damals daraufhin, daß im Parlament "ehrliche Männer ohne Spielschulden" schwer zu finden seien. Diese Aussage bezog sich auf einige Parlamentarier, die aufgrund ihrer hohen Spielschulden bestechlich geworden waren.



AP-VORSTZENDER DEMIREL.VON SEINER "KRISENSTRATEGIE"HERAUS DROHT ER DIE REGIERUNG,ER WÜRDE DIESE "ILLEGALE" REGIERING SPÄTESTENS GLEICH NACH DEN TEILWAHLEN AM 14.OKTOBER d.J. STÜRZEN.

Nach vier Jahren, Anfang '78, zog nun die CHP Lehren aus dieser Praxis und zog 11 Abgeordnete der AP ab für ihre eigene Regierungsbildung. Ausnahmslos alle erhielten Ministerposten.
Diesmal war es Demirel, der heftig protestierte und gleichzeitig Gegenmaßnahmen einleitete, die diese Abgeordneten schließlich bewogen, zurückzutreten.

Metin Musaoglu, der zusammen mit Eşref Cengiz am 21.Juni offiziell in die AP aufgenommen wurden, nachdem sie zwei Monate zuvor die CHP verlassen hatten, schildert seinen Fall folgendermaßen:
"Es war wie in einem Western. Cengiz hielt sich in Diyarbakır auf und wollte gestern nach Ankara zurückfliegen. Vorher riet

er mich an. Ich sollte ihn mit einem Wagen abholen. Nanu, was sehe ich dort? Gruppen von CHP und AP-Leuten waren dort. Das Flugzeug landete. Eşref Cengiz erschien am Ausgang. Die beiden Gruppen wollten ihn einkreisen. Zwischen beiden Gruppen gab ich ihm rasch meine Hand und sagte, komm Eşref, ich fahre dich. Ich nahm ihn in meinem Wagen mit. Dann fuhren wir in die Wohnung Süleymans Bey's (Demirel). Dort traten wir zeremoniell in die AP ein. Unsere Zeugen waren Cevheri und Hüseyin Özalp." (Politika,23.6.79).

Für einige Abgeordnete waren die finanziellen Angebote offensichtlich nicht befriedigend.
Am 24.6.79 erklärten die CHP-Abgeordneten Bekir Adıbelli und Kılıç Sorgucu, daß ihnen AP-Kreise, vor allem Juwelierhändler angeboten hätten, ihr Körpergewicht gegen Gold aufzuwiegen, wenn sie in die AP überwechseln würden (Politika, 25.6.79).

Zu den Vorwürfen, sie hätten wegen materieller Vorteile übergewechselt, äußerten sich die beiden Überläufer folgendermassen:
Eşref Cengiz: "Ich bin sehr reich. Ich besitze mindestens 10 Traktoren und 50 Wohnappartements."
Metin Musaoglu: "Ich bin Millionär." (Politika, 25.6.79)

Der Minister für Zoll- und Monopolwesen, Mataracı, verteilte an Pressevertreter ein Dokument mit der handschriftlichen Notiz Demirel's: "Die nächsten Wahlen garantiere ich" (Politika, 21.6.79).

Trotz dieser florierenden Geschäfte auf dem Abgeordnetenmarkt bleibt das labile Gleichgewicht erhalten und die Opposition konnte die Zauberzahl von 226, die absolute Mehrheit, nicht erreichen.

Die Sitzverteilung im Abgeordnetenhaus sah am 26.Juni 1979 so aus:

Regierung

Republikanische Volkspartei (CHP)	210
Unabhängige Minister (Überläufer der AP)	9
Demokratische Partei (DP)	1
Unabhängige, die die Regierung unterstützen	3
	223

Opposition

Gerechtigkeitspartei (AP)	177
Nationale Heilspartei (MSP)	23
Nationalistische Bewegungspartei (MHP)	17
Ordnungspartei (NP)	1
Nationale Vertrauenspartei (CGP)	1
Unabhängige	2
	221
nicht besetzt, da verstorben	5
insgesamt	449

plus 1 (Präsident des Abgeordnetenhauses, ohne Stimmrecht).

Aus Cumhuriyet vom 26.6.79.

Kriegsrecht verlängert

Am 19.Juni nahmen nur 211 Mitglieder des Abgeordnetenhauses an der Sitzung teil. Die Regierung blieb geschlossen der Sitzung fern und verhinderte damit die Abstimmung über eine Anfrage gegen den Minister für Zoll- und Monopolwesen, Mataracı.

Als jedoch die Verlängerung des Kriegsrechts auf der Tagesordnung stand, gleich einen Tag später, am 20.Juli, eilten 571 Mitglieder von insgesamt 632 beider Kammern herbei. Das Kriegsrecht wurde mit 319 gegen 252 Stimmen um weitere zwei Monate verlängert.




STRASSENSZENEN AUS DEM ALLTAG DES KRIEGSRECHTS

Die AP,MHP und MSP stimmten gegen die Verlängerung des Kriegsrechts, aber nicht etwa weil sie grundsätzlich gegen dieses sind, sondern weil sie gegen die Beschränkung des Kriegsrechts auf 19 Provinzen sind.

Die Partei der "Grauen Wölfe", MHP, verlangte sogar mehrmals, alle Zuständigkeiten der Regierung, der Legislative und der Exekutive, dem Kriegsrecht zu übergeben.

Nun wird das Kriegsrecht weitere zwei Monate alle verfassungsmäßig garantierten Grundrechte außer Kraft setzen und weiterhin willkürliche, antidemokratische Maßnahmen durchführen. Wie z.B. die Schließung der Büros des Progressiven Frauenvereins (IKD)(siehe auch S. 30)und das Verbot von Demonstrationen und Streiks.

Vom 20. bis 28.Juni war wieder Ebbe im Parlament. Die Fortsetzung der Tagesordnung war wiederum unmöglich, da die Regierung den Sitzungen fern blieb. Damit wollte sie verhindern, durch Abstimmungen über Anfragen der Opposition gestürzt zu werden.

Am 28.Juni schloßen beide Kammern ihre Tore und traten in die Sommerpause, bis die endgültigen Ergebnisse der Teilwahlen zum Senat am 14.Oktober offiziell bekannt gegeben werden. Knapp 4 Monate also.

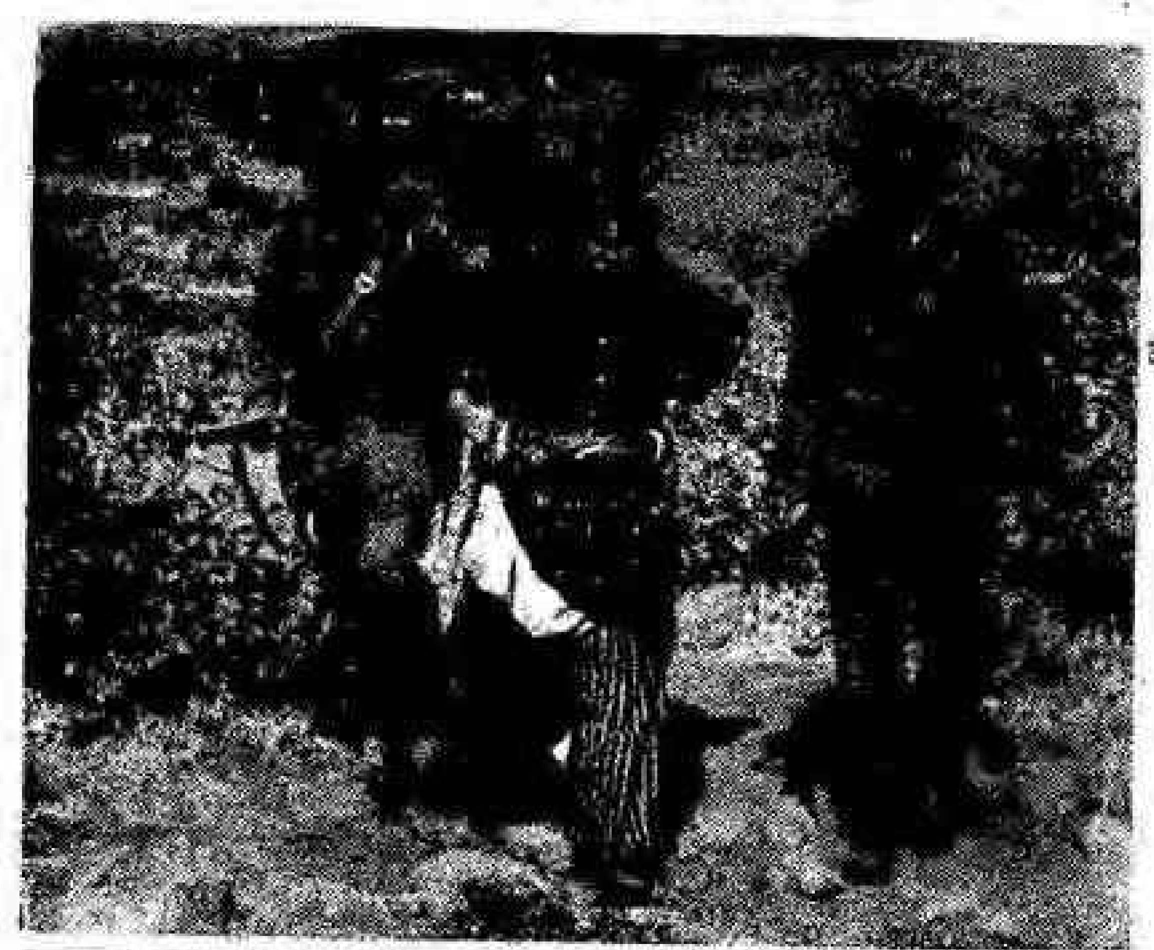
Offensichtlich ist die Ecevit-Regierung durch parlamentarische Tricks dem Sturz ausgewichen und hat vorerst die Krise eingefroren.

PRAKTIKEN DES KRIEGSRECHTS

Im Gegenteil zu den Äusserungen des Ministerpräsidenten Ecevit, der versicherte, das Kriegsrecht würde die demokratischen Grundrechte nicht antasten, sieht die Praxis ganz anders aus. Die Presse-, Meinungs- und Organisationsfreiheiten werden mit Füssen getreten. So wurde "Programm der Kommunistischen Partei der Türkei" beschlagnahmt und gegen den ÜRÜN-Verlag, der es legal veröffentlichte, Verfahren eingeleitet. Die Zeitschriften ÜRÜN, Savaş Yolu und Roja Welat wurden verboten. Alle Büros des Progressiven Frauenvereins (IKD) wurden von der Kriegsrechtsverwaltung ohne jede Begründung geschlossen.

➔

Die Unterdrückungsmassnahmen gegen die kurdische Bevölkerung erreichte unerhörte Dimensionen. Die Presseagentur ISTA meldete am 26.Juni folgendes:
Ostanatolisches Dorf, Gomatomasto: Die Gendarmerie prügelte auf dem Dorfplatz einen Jugendlichen. Seine Mutter wollte dies verhindern. Sie schoken sie und brachten zum Fall. Die hochschwangere Frau erlag später im Krankenhaus an ihren Verletzungen.
Ostanatolisches Dorf, Toraka: Alle Männer des Dorfes mussten nackt ausziehen. Von der Gendarmerie wurden ihre Geschlechtsorgane mit einer Schnur aneinander gebunden. Dann wurden ihre Frauen gezwungen, die Schnur loszubinden. Als sie sich weigerten, wurden sie mit Gewehrkolben und Holzknüppel zusammengeschlossen.
Ostanatolisches Dorf, Celle: Fussohlen eines kurdischen Jugendlichen wurden stark verprügelt, da er ein Gewehr im Besitz hätte. Er wurde zu spät ins Krankenhaus in der Stadt Bulanık geliefert. Die beiden entzündeten Füsse mussten ampuliert werden.
Ostanatolisches Dorf, Mollalı: Da er ein Gewehr im Besitz hätte, wurde ein Bauer gezwungen, seinen eigenen Sohn zu prügeln.
Ostanatolisches Dorf, Beycaplun: Als Vergeltung dafür, dass sich ein Deserteur im Dorf aufhielt, wurde ein älterer Bauer ausgewählt und gezwungen zu verraten, wo dieser sich versteckte. Als der alte Mann sich weigerte, wurde er wiederum gezwungen, 3 kg Salzwasser zu trinken. Er musste ins Krankenhaus geliefert werden.
Dabei handelte es sich ausschliesslich um kurdische Dörfer.



EINE KURDISCHE FRAU WIRD VON DER GENDARMERIE VERSCHLEPPT.

Ist Demirel ein Antiimperialist geworden?

In einer Presseerklärung am 16.Juni sagte Demirel: "Die Wiedereröffnung der USA-Stützpunkte zu wollen heißt, die Verteidigungskosten um 1,5 Mrd.Dollar zu erhöhen." (Cumhuriyet, 17.6.79).
Ist Demirel etwa gegen die US-Militärbasen oder gar gegen den USA-Imperialismus überhaupt? Beileibe nicht!
Er selbst hatte mehrfach erklärt, daß die AP die Nachfolgepartei der ehemaligen Demokratischen Partei sei, deren Vorsitzender Menderes in den fünfziger Jahren die Türkei in die NATO eingliederte und die ersten bilateralen Abkommen mit der USA unterschrieb.
Die ersten Spionageflüge der U 2 vom türkischen Luftraum aus in die Sowjetunion, wurden in der Amtszeit Demirels 1960 unternommen. Auch er unterschrieb mehrere bilaterale Abkommen über Stationierung und Erweiterung der US-Militärbasen auf dem Territorium der Türkei. Seit eh und jeh setzte er sich konsequent für die Interessen der US-Firmen ein, z.B. der Fa.Morrison, deren Vertreter in der Türkei er seinerzeit persönlich war.
Zu seiner "Krisenstrategie" gehört jedoch eine scheinbare Opposition gegenüber den Militärbasen, womit er sich die Unterstützung breiterer Bevölkerungsschichten erhofft, die sich der Unterdrückung und Einmischung seitens der USA widersetzen.
Da die Ecevit-Regierung gegenüber den USA und den internationalen Monopolen eine Politik des Nachgebens praktiziert, ganz wie vorher Demirel, versucht nun Demirel seinerseits diese Politik für seine Ziel auszunutzen.
Seine Äußerung: "Die U 2 Spionageflugzeuge würden die Türkei vor Kanonen stellen" sind die Fortsetzung eben dieser Politik.
Der Generalstabschef Evren äußerte sich nach einer Rundreise durch die USA und Kanada zu diesem Problem:
"Auch für 150 Mio., geschweige denn 50 Mio.Dollars würden wir weitere Konzessionen machen. Unter den derzeitigen Bedingungen ist es für uns unmöglich, die U 2-Flüge im türkischen Luftraum zu gestatten." (Politika, 24.6.79).

Stellungnahme der KPdT

Dazu heißt es im Informationsbulletin der Kommunistischen Partei der Türkei (TKP) "Durum" vom 1.Juli '79:
"Der Widerstand des werktätigen Volkes der Türkei gegen den USA-

Imperialismus, gegen die NATO, hat einen Einfluß auf die patriotischen Offiziere und Soldaten in der Armee. 'Uns ist es unmöglich, die U 2-Flüge zu genehmigen'. Diese Worte des Generalstabschefs, Kenan Evren, die am 24.Juni in den Zeitungen standen, sind kein bloßes taktisches Manöver, sondern die Folgen des antiimperialistischen Drucks der patriotischen Kräfte innerhalb der Armee. Die Worte von Evren wurden mit großer Aufmerksamkeit empfangen. Vom USA-Außenministerium verlautete: 'Wir erwarten eine Erklärung, um zu erfahren, von welchen Voraussetzungen ausgehend diese Äusserung in der Türkei abgegeben worden ist'. Währenddessen begrüßte der Vorsitzende des parlamentarischen Ausschußes für Außenbeziehungen diese Äusserung und teilte die Meinung, 'daß die U 2-Flüge im türkischen Luftraum hinsichtlich unserer Sicherheit bedenklich ist'. Der Ministerpräsident Ecevit teilte mit, daß auch die Regierung dieselbe Meinung wie Generalstabschef Evren vertrete.

All diese Entwicklungen sind Beweise dafür, daß der antiimperialistische Kampf in unserem Land große Dimensionen erreicht hat und der Widerstand unseres Volkes gegen den Imperialismus die Armee- und Regierungskreise unter Druck setzt."

Dialog mit wem?

Am 2.Juli rief der Staatspräsident Korutürk alle Parteien auf, den Dialog miteinander wieder aufzunehmen. Er sagte u.a.: "Gute Beziehungen und der Dialog sind eine Frage der Existenz oder Nichtexistenz geworden...für die Sicherung der freiheitlich demokratischen Ordnung müssen alle politischen Parteien wenigstens ein allgemeines Verständnis zeigen." (Cumhuriyet, 3.7.79)

Am nächsten Tag erklärte Ecevit seine Bereitschaft zum Dialog mit anderen Parteien.
Der Führer der "Grauen Wölfe", Türkeş, war von vorn herein zu diesem Dialog bereit, erhoffte er sich doch dadurch die Rehabilitierung seiner kriminellen Partei, der MHP und der "Grauen Wölfe", die durch unzählige bewiesene Morde die berechtigte Empörung der Bevölkerung ausgelöst hatten.

Demirel dagegen spielte da nicht mit, da er diese Regierung für "illegal" hält und davon ausgeht, diese durch Bestechung von Abgeordneten sowie mit Hilfe der Terrorwelle rechtsextremistischer Mordbanden stürzen kann.

Bilanz des politischen Terrors (Juni 79)

Die Anzahl und Namen der ermordeten Menschen im Monat Juni 79. Die Angaben sind nach den Meldungen der Tageszeitungen;"Hürriyet","Politika","Milliyet" und "Tercüman" zusammengestellt.

1.Juni : In Kayseri 2 irakische Studenten M.Ş.Sait und T.S.Izzettin, in Istanbul M.Çataklı und Y.Bal. In Erzurum,Nazilli,Kars,Samsun,Urfa und Bursa; I.Aytaç, A.Dinç,A.Goncu,A.Yılmaz,A.Çelikten und F.Akyıldız.

2.Juni : In Ankara Mehmet Ali Sav

3.Juni : In Ankara K.Demir,in Adana A.Karakaş

4.Juni : In Adana,Gaziantep und Ankara; David Goordmen,K.Ak und Vehbi Öztürk

5.Juni : In Balıkesir,Adana und Istanbul; E.Bıyık,M.Name und A. Dağdak,T.Onatça

6.Juni : In Bursa Hüseyin Kurtuluş

7.Juni : In Uşak Cemil Gün und Serat Tuncer

8.Juni : In Diyarbakır Salih Özen und Z.Öner,in Istanbul M.Güler

9.Juni : In Istanbul,Afyon,Malatya und Ankara;A.O.Devecioğlu,M. Taşmer,N.Yıldırım und Azmi Ustaoğlu

10.Juni: In Istanbul,Adana und Kars; S.Arsan,S.Yıldırım ,A.Ünlü

11.Juni: In Istanbul,Manisa,Bandırma,Fatsa und Aydın; Y.Karataş, F.Özler,A.Yıldırım,H.Topal und S.Sevindik,und H.Satılmış

12.Juni: In Antalya,Uşak und Ankara; V.Kara,N.Tanrıöver,H.Şenyuva

13.Juni: In Istanbul N.Özyağlı,S.Akçan,Y.Atabakan

14.Juni: In Istanbul Mehmet Öztürk

15.Juni: In Samsun Şaban Eğli,in Bayındır Salih Kaya

16.Juni: In Istanbul K.Öte,E.Şeker und S.Yüksel,in Trabzon A.Keleş in Iskenderun Ali Beret

17.Juni: In Izmir S.Başkent und H.Aslan,in Samsun F.Özen,B.Arlın, in Mersin Ali Öge

18.Juni: In Istanbul Erdoğan Öztürk

19.Juni: In Istanbul Kamil Köse,in Ankara Yücel Gürsps

20.Juni: In Istanbul Irfan Şimşek und Muzaffer Candoğan

21.Juni: In Ordu,Fatsa,Trabzon,Eskişehir,Anamur und K.Maraş; R. Aksakal,M.Koçak,I.Karadağ,H.Altıngezi,H.Demirbağ und Cemal Demirtaş

22.Juni: In Istanbul C.Aslan,H.Sönmez und O.Önel,in Izmir E. Şavlu,in Bursa Ramazan Vatansever

23.Juni: In Ankara Mustafa Güneş

24.Juni: In Urfa ein nicht identifizierter Mann

25.Juni: In Istanbul A.Karaman und S.Tancel,in Çorum E.Gül

26.Juni: In Uşak,Ankara und Adana; I.Karagöz,M.Türköne,A.Özbey

27.Juni: In Manisa,Izmir,Gaziantep und Urfa; C.Çollu und M. Kuşkuca,T.Karataş,M.Saygıdeğer und R.Gökerhan

28.Juni: In Manisa,Ankara,Samsun; H.Çorlu,I.Başar,S.Işın

29.Juni: In Manisa,Adana und Istanbul; N.Gülersoy,H.Akdağ und Ayhan Hıncal

30.Juni: In Istanbul F.Karadağ und B.Şendilmen,in Antalya Veli Topsarı.

Insgesammt 96 Opfer des faschistischen Terrors im Juni 79.



EINE BANDE DER "GRAUEN WÖLFE",DIE IN MEHRERE WOHNUNGEN IN ISTANBUL EINBRACH UND DABEI DIE FRAUEN VERGEWALTIGTE.

Die faschistische Eskalation hält an

In den letzten zwei Monaten eskalierte einerseits der faschistische Terror, andererseits wurde eine große Panik in den Reihen der faschistischen MHP ausgelöst aufgrund ihr nachgewiesener Mordtaten.
Tortz der inkonseuqenten Haltung der Regierung könnte es doch zum Verbot der MHP, oder zumindestens ihrer Tarnorganisationen wie ÜGD (Idealistenvereine) und MISK (Konföderation der nationalistischen Arbeitergewerkschaften) durch das Verfassungsgericht kommen.

„Schlagt die Abtrünnigen tot"

Die Panikstimmung innerhalb der MHP bringt diese Partei in immer größere Schwierigkeiten und der Befehl von Türkeş: "Schlagt die Abtrünnigen tot", wird immer häufiger in die Tat umgesetzt.

Am 25.6.79 wurde der Vorsitzende der MHP-Stadtorganisation in Manisa, Cemil Cöllü erschossen. Die faschistischen Mordbanden terrorisierten nach dem Mord die ganze Stadt und ermordeten die Apothekerin Neşe Gülersoy (Mitglied der IKD, des progressiven Frauenverbandes, sowie der CHP). Noch zwei weitere Menschen fielen dem Terror zum Opfer.

Wie einem Bericht der Tageszeitung "Milliyet" zu entnehmen ist, war der Stadtvorsitzende Cöllü ein "Abtrünniger" und wurde aus diesem Grund erschossen. Am 29.6.79 schrieb sie:
"Cöllü hatte vor sechs Monaten versucht, aus der MHP auszutreten. Sein Rücktrittsgesuch wurde jedoch abgelehnt. Vor drei Monaten wurde er von Unbekannten angeschossen, kam jedoch mit Verletzungen davon. Am Parteitag der MHP Mitte Juni hatte er nicht teilgenommen."
Diesmal gelang es den Grauen Wölfen, ihn zu töten.

"Milliyet" schrieb am 25.7.79: "Der ehemalige MHP-Kreisvorsitzende der Provinz Karş, Celal Cilvan, wurde ermordet. Die Polizei fand bei ihm sein Rücktrittsgesuch an die MHP, das am 29.3.79 abgefaßt worden war.

Am 12.6. explodierten im Volkshaus von Bakirköy/Istanbul die Bomben der Grauen Wölfe. Drei Menschen kamen dabei ums Leben.

Der siebenfache Mörder und Mitglied der "Grauen Wölfe", Veli Can Oduncu, beging seinen achten Mord im Gefängnis: er brachte ein Komplizen um. Zuvor hatten beide ein Mitglied der Gewerkschaft Mitglied der Gewarkschaft Maden-Is im Gefängnis um und zwei weitere schwer verletzt. (Politika, 12.6.79)

Anfang Juli wurden 5 von 9 Mitgliedern einer rechtsextremen Bande, die bei ihren Einbrüchen in Istanbul auch Frauen vergewaltigten, festgenommen.

Am 4.7.79 berichtete "Milliyet": "Einer der Bandenmitglieder, Hamdi Altunezen, gab zu, daß er und seine Freunde Ilyas Ekşi (der später tot aufgefunden wurde) und Suat Belen sich als Idealistenverständen (eine für die Grauen Wölfe übliche Bezeichnung) und beabsichtigten, die erbeuteten Gelder für die Bekämpfung politischer Gegner zu verwenden."

"Politika" berichtete am 10.7.79: "Baki Türk und sein Onkel Adem Türk wurden festgenommen. Baki Türk der der MHP-Jugendorganisation ÜGD (Idealistenverein) angehört, hatte zusammen mit einem Komplizen einen als fortschrittlich bekannten Jungen entführt und vergewaltigt."

In Kütahya haben Mitglieder der faschistischen, illegalen Organisation "Türkisches Vergeltungsbataillon" acht fortschrittliche Menschen entführt und die ganze Nacht gefoltert.

Einer der Entführer, der sich als Bruder des berüchtigten Veli Can Oduncu ausgab, stach mehrmals mit einem Messer in das Bein des Studenten Remzi und saugte mit Vergnügen das aus den Wunden fliessende Blut (Politika, 17.6.79).

"Die Mörder des ermordeten Staatsanwaltes Dogan Öz, wurden verhaftet. Die beiden Idealisten - Graue Wölfe - Mehmet Yanterçelik und Hüseyin Kocabaş gaben zu, einen Mord begangen zu haben und Mitglieder der ÜGD sind und in dieser Organisation als illegale Bezirksvorsitzende in Ankara fungieren." (Milliyet, 30.6.79).

Am 10.Juli 79 wurde der Mörder des verantwortlichen Presseredakteurs der liberalen Tageszeitung "Milliyet", Abdi Ipekci, festgenommen.

Der Mörder Mehmet Ali Agva gestand die Mordtat. Am 10.Juli veröffentlichten die Tageszeitungen (außer den rechtsorientierten) sein handschriftlich abgefaßtes Geständnis:



SO SIEHT DER KARIKATURIST,KORAMAN,DEN MÖRDER VON IPEKÇI,DEM CHEFREDAKTEUR DER TAGESZEITUNG "MILLIYET" IN DER SPRECHBLASE:"ICH HABE EIGENMÄCHTIG GEHANDELT UND IHN GETÖTET".

"Die Pistole, von der ich für den Mord Gebrauch machte, übergab ich Mehmet Şener im Istanbuler MHP-Parteibüro" (Milliyet, 13.7.79). Sein Komplize Yavuz Çaylan gestand: "Nach dem Mord fuhren wir zum MHP-Parteibüro und parkten das Auto vor dem Gebäude. In einem Raum, in dem ein Fernsehapparat stand, saßen Mehmet Şener und Mehmet Ali Agva zusammen. Er gab mir 1.000 Lira" (Milliyet, 13.7.79).

Weiterhin fand die Polizei in der Wohnung von Agva MHP-Poster und zahlreiche Glückwunschtelegramme für den gelungenen Mord.

Dies gefiehl offensichtlich weder Türkeş noch Demirel. Türkeş erklärte: "Das Geständnis von Agva erfolgte unter Folterungen." Demirel meinte: "Wir wünschen nicht, daß die Mordtaten unaufge-

deckt bleiben, aber alles muß im Rahmen der Rechtsnormen geschehen."

Die angeblichen Folterungen wurden von Agva selbst auf einer Pressekonferenz verneint (Milliyet, 15.7.79).

Karim Ayaydin, der Mörder des Chefredakteurs der Tageszeitung Politika, Ali Ihsan Öz, ist, wie Ministerpräsident Ecevit auf einem Meeting erklärte, Jugendvorsitzender der MHP in Istanbul (Milliye 28.Juli 79).

MHP und MIT-Agenten

Die nacheinander aufgedeckten Mordtaten und die Beziehungen der MHP zu diesen, die nicht länger verschleiert werden können, zwangen Türkeş und seine Partei, einen neuen Weg zu beschreiten. Er spekuliert darauf, daß viele Geheimdienst (MIT)-Agenten in die Reihen der MHP von der Regierung geschleust worden sind.

Am 3.Juli gab der Parteivorstand der MHP bekannt, daß der MHP-Sekretär der Bezirksorganisation Beşiktaş/Istanbul, Ergin Ergügören, ein MIT-Agent sei.
Es ist nicht neu,daß die MHP mit MIT-Agenten zusammen arbeitete und arbeitet.Neu ist es,daß Türkes jetzt ihnen die Mordtaten in die Schuhe zu schieben und seine Partei reinzuwaschen versucht.

Bezüglich der Tätigkeit der MIT-Agenten stellte sich jedoch bald heraus, daß Ergügeren 1972, als Türkeş Vizeministerpräsident und gleichzeitig für die MIT verantwortlich war, von der MIT eingestellt worden war.

In der rechtsextremistischen Tageszeitung "Tercüman" stand am 19.7.79 folgender Bericht: "Auf die Garage des Ausbildungszentrums der MISK (die von der MHP gegründete "Konföderation der nationalistischen Arbeitergewerkschaften, die allerdings keine Basis in der Arbeiterschaft besitzt) wurde ein Bombenanschlag verübt, bei dem ein Mensch ums Leben kam." Dieser Anschlag wurde vor allem in rechtsextremen Kreisen hochgespielt.

Nach zwei Tagen gab das Polizeidirektorium in Ankara folgende Erklärung ab: "Die Ermittlungen der Polizei und Fachleute des Militärs ergaben, daß die Explosion der Bombe während ihrer Herstellung erfolgte." Und weiter: "Aus dem bei der Hausdurchsuchung des MISK-Kassierers beschlagnahmten Terminkalenders geht hervor, daß die MISK mehreren Personen und Organisationen, deren Namen im

Zusammenhang verschiedener Delikte aufgetaucht sind, insgesamt 626.000 Lira gezahlt hat." (Milliyet, 21.7.79).
Acht Funktionäre dieser Banditengewerkschaft wurden festgenommen und wegen "Bildung einer bewaffneten Bande" angeklagt.

MISK- und MHP-Kreise lassen inzwischen verlauten, daß der bei der Explosion getötete Iskender Karayagdi ein linker Provokateur gewesen sei und die Polizei das Ergebnis der Untersuchungen manipuliert hätte (Milliyet, 25.7.79).

MHP-Mafia Beziehungen

Innenminister Günes erklärte am 10.7.79: "Wir haben Beweismaterial in der Hand, daß sich einige Politiker in den Waffenschmuggel eingemischt haben" (Tercüman, 10.7.79), Und in Millivet vom 10.7.79 steht: "Meine Erklärung" so Günes,"ist an eine bestimmte Adresse gerichtet und wird dort auch ankommen."
Nach Angaben der ISTA-Presseagentur hat die Polizei in den Tagen, in denen der Minister oben erwähnte Erklärung abgab, mehrere Razzien in dem Fabrikgebäude der Firma YED-SEN und in der Wohnung des MHP-Mitgliedes Haci Faruk Erden in der Kleinstadt Gebze, nahe Istanbul, durchgeführt. Dabei fand sie große Mengen an Waffen und Munition, die, so die Polizei, der gleichen Bauart der Waffen waren, die bei dem Anschlag auf MHP und MISK verwandt worden waren.

Die Presseagentur ISTA stellt folgendes fest:
Unter Führung von Dündar Kiliç, dem ersten Mann der Mafia, der auch gute Beziehungen zu Türkeş unterhält, wird der Waffenschmuggel organisiert. Seine Komplizen dabei sind das MHP-Mitglied Haci Faruk Erden, YED-SAN-Boss Yaşar Yamak, sowie der Chef der Çolakoglu-Industrie Nuri Çolakoglu, der gleichzeitig Finanzier und führender Politiker der maoistischen Zeitschrift „Aydınlık" ist.

Die Regierung jedoch setzt sich über all diese Tatsachen hinweg und legt eine inkonsequente, zwispältige Haltung der faschistischen MHP gegenüber an den Tag.

Die Forderung der demokratischen Kräfte nach einem Verbot der MHP und ihrer Tarnorganisationen sowie der Verhaftung der für die Mordtaten Verantwortlichen und ihrer Drahtzieher, ist aktueller denn je.

PROZEß GEGEN MASSENMÖRDER

Am 4.6.79 begann der Prozeß gegen die Massenmörder von Kahramanmaraş in der südanatolischen Stadt Adana.
803 Angeklagte stehen vor dem 3.Militärgericht der Kriegsrechtsverwaltung. Sie sind angeklagt des Aufruhrs, des Mordes, der Plünderung und des Diebstahls.

Die militärische Staatsanwaltschaft beantragte in ihrer 232-seitigen Anklageschrift Todesstrafen für 303, und Freiheitsstrafen zwischen 4 und 24 Jahren für die restlichen Angeklagten. 592 Angeklagte befinden sich in Untersuchungshaft.

Idealistenvereine als Urheber des Massakers

Die Urheber sind keine anderen als die Mitglieder der Idealistenvereine ÜGD, Jugendorganisation der faschistischen MHP (Nationalistische Bewegungspartei).
Nicht zufällig befindet sich der Provinzvorsitzende der MHP, Hasan Bakioglu, unter den Angeklagten. Gegen ihn ist die Todesstrafe beantragt.

Die Zwischenfälle in Kahramanmaraş nahmen ihren Anfang bereits am 19.12.1978, als auf ein Kino in der Stadt ein Bombenanschlag verübt wurde.



IN KAHRAMANMARAŞ ERMORDETEN DIE FASCHISTEN GRAUSAM

Der extrem antikommunistische Film "Wann wird die Sonne aufgehen" wurde am 16.12.78 von der ÜGD-Provinzorganisation in Kahramanmaraş in einem Kino vorgeführt. (Dieser Film wurde u.a. auch in der Westberliner Taverne am 14.7.79 am Lützowplatz gezeigt).

Den weiteren Verlauf der Geschehnisse lesen wir in der Anklageschrift:
"Die Funktionäre, Mitglieder und Sympathisanten der ÜGD in K.maraş setzten ab der Uraufführung eine massive Propaganda ein, sie verkauften ihre Zeitschriften vor dem Kino, zwangen die Zuschauer zum Rufen ihrer Losungen. Doch dies hielten sie nicht für ausreichend.
Wie der Angeklagte Ökkes Kenger (Mitglied der illegalen Organisation zur Rettung der versklavten Türken) offen eingestand, entschlossen sich der erste und zweite Provinzvorsitzende der ÜGD/ Maraş Mehmet Leblebici und Mustafa Kanlidere, für einen Bombenanschlag auf den Kinosaal, um die Bevölkerung gegen die Linken zu provozieren, so als wenn der Bombenanschlag von ihnen verübt worden wäre. Dann beauftragten sie Ökkes Kenger mit der Durchführung..."

"Vor der Abreise von Maraş erklärte Mustafa Kanlidere Ökkes Kenger den Plan in seinen Einzelheiten und wo sich Dynamit beschaffen ließe und befahl ihm, die Sache für den 19.12.78 zu erledigen..."

"Während der Pause um 20.50 Uhr wurde ein Pfund Dynamit (mit leichter Sprengstärke) in den Saal zur vorderen Reihe von Ökkes Kenger geworfen."
Weiter erfahren wir aus der Anklageschrift, wie unmittelbar nach der Explosion die Zuschauer, von den Faschisten provoziert, Gebäude der CHP, das Postamt und andere Häuser zerstörten.
Ferner geht aus der Anklageschrift hervor, daß der Täter Ökkes Kenger am selben Abend zweimal, um 20.40 und 22.27 Uhr die ÜGD-Kreisorganisation in Ankara telefonisch vom Verlauf der Ereignisse informierte und hinzufügte: "Die Leute sollen sofort kommen".

Am 21.Dez.78 wurden zwei fortschrittliche Lehrer auf offener Strasse in K.Maraş ermordet.
Man könnte annehmen, daß die im o.g. Telefongespräch genannten Leute erst am 21.Dez. von Ankara in K.Maraş eingetroffen sind.

Am 22.Dez. wurde der Trauerzug für die ermordeten Lehrer von Faschisten und islamischen Fanatikern überfallen. Die Losungen lau-

Doch die demokratischen Kräfte bleiben dem Prozeß nicht fern. Die Istanbuler Anwaltskammer bildete einen Sonderausschuß für den Prozeß. Viele CHP-Rechtsanwälte (u.a.Abgeordnete) nahmen an den Verhandlungen als Anwälte der Kläger teil.

Ganz gewiß werden die demokratischen Kräfte die tatsächlichen Urheber und Hintermänner des faschistischen Massakers enthüllen, wie Türkeş und Demirel.
Die Forderungen nach dem Verbot aller faschistischen Organisationen wird wichtiger denn je. Doch für die Durchsetzung dieser Forderung ist der Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte unabdingbar.

* * *

„Graue Wölfe" im Ausland aktiver

Die Grauen Wölfe veranstalteten am 14.7.79 in der Westberliner Taverne am Lützowplatz einen "Kulturabend" mit dem Namen "Abend der versklavten Türken".
Der Verlauf dieser Veranstaltung war durch Hetzpropaganda gegen die türkischen Demokraten und militanten Antikommunismus geprägt.

Diesmal waren die Wiking-Jugend und der stellvertretende Vorsitzende der Deutschen Angestelltengewerkschaft im Christlichen Gewerkschaftsbund, Wolfgang Petrowski mit von der Partie.
Deutschen Presseorganen, wie z.B. dem Spandauer Volksblatt, wurde der Eintritt zur Taverne verwehrt.
Auf der Veranstaltung wurde der brutale antikommunistische Film "Wann geht die Sonne auf" gezeigt. Dieser Film erinnert alle Demokraten an das faschistische Massaker in Kahramanmaraş im Dezember letzten Jahres, denn er stellte den Auftakt für den Terror dar. In vielen Städten der BRD wurde der Film verboten.

Die zuständigen Behörden, die immer davon reden, sie hätten keine rechtliche Grundlage, um Veranstaltungen dieser Art oder sogar die Organisation der Grauen Wölfe zu verbieten, sollten sich einmal den Verlauf eines solchen "Kulturabends" zu Gemüte führen.

Hetztiraden gegen Demokraten und Kommunisten münden in den Aufruf zur Gewaltanwendung und Rachefeldzügen und die Frage ist, ob die Behörden diesen Verstoß gegen die Gesetze weiterhin dulden wollen oder nicht.



AN DER VERANSTALTUNG DER FASCHISTEN IN WESTBERLIN NAHM AUCH DER VERTRETER DER DAG IM CHRISTLICHEN GEWERKSCHAFTSBUND,PETROWSKI,TEIL.

„Tercüman", „Anadolu" und Heroinhändler

Der größte Heroinhändler in Westberlin, Ismail Çakıroğlu und sein Neffe Niyazi Cakıroglu, wurden nach einer großangelegten Fahndung von der Polizei festgenommen. Darüber wurde in alles Westberliner Zeitungen ausführlich berichtet.

Kurz darauf versuchten die reaktionären rechtsextremen Zeitungen "Tercüman" und "Anadolu" die beiden Heroinhändler in ihren Schlagzeilen in Schutz zu nehmen und die beiden reinzuwaschen.
Am 16.6.79 schrieb "Tercüman": "Die Polizei fand doch kein Heroin im Efes Casino". Und "Anadolu" meldete am 29.6.79: "Cakıroglu war Opfer einer Verleumdung".

Diese Meldungen verstärken den Verdacht, daß diese Schmugglerbande den Heroin- bzw. Waffenhandel in Zusammenarbeit mit diesen Kreisen und insbesondere mit den MHP-Organisationen im In- und Ausland, betreiben.

teten u.a.: "Keine islamische Beisetzung für Kommunisten, Kommunisten verbrennen die Ulu Cami (Mosche)" und ähnliches mehr.

Der weitere Verlauf der Ereignisse ist bekannt. Mit Hilfe der islamischen Fanatiker wurde die massenhafte Ermordung von Demokraten und Schiiten (die meisten sind linksorientierte Islamen) begangen.
Nach offiziellen Angaben waren 111, inoffiziell jedoch 200 Tote die Folge.

Die unmittelbare Beziehung der MHP zum Massaker in K.Maraş wurde, wie üblich, auch in der Anklageschrift nur über die MHP-Jugendorganisation ÜGD (Idealistenverein) formuliert. Trotzdem konnte ihre Verantwortlichkeit nicht vollständig verschleiert werden, denn der Provinzvorsitzende Hasan Balcıoglu ist einer der Angeklagten, gegen den die Todesstrafe beantragt ist.

Die faschistische MHP und reaktionäre Kreise messen diesem Prozeß ein großes Gewicht bei, da er zur völligen Demaskierung und zur Überführung der Verantwortlichen an den Terrorakten führen kann.

MHP übernimmt die Verteidigung

Viele der 80 Rechtsanwälte der 803 Angeklagten sind MHP-Mitgliede oder werden von dieser finanziert. So z.B. der MHP-Kreisvorsitzen von Adana, Rechtsanwalt Adem Eroglu, der Provinzvorsitzende der A in Adana, Metin Tolay etc.

Seit Beginn des Prozesses stehen viele Zeugen unter dem Druck der MHP. Die Rechtsanwälte versuchen seit Anfang an auf verschiedenst Weise, den Prozeß in die Länge zu ziehen, weil sie im Stillen auf einen baldigen Sturz der Regierung hoffen.
Einige Anträge der Rechtsanwälte lauten wie folgt:

- Die Angeklagten dürfen nicht fotografiert werden (abgelehnt),
- die Sunniten und Schiiten sollen getrennt plaziert werden (abgelehnt),
- Verlängerung des Presseverbots bis zum Prozeßende (abgelehnt)
- Die Zeugen sollen nicht als Zuschauer zugelassen werden (angenommen),
- mehrfache Forderung nach Vertagung des Prozesses.

Das Gericht dokumentierte bereits in den ersten Verhandlungstagen seine inkonsequente und schwankende Haltung, indem es für einige Angeklagten die Untersuchungshaft aufhob. So u.a. für Mehmet Leblebici (Ex-ÜGD-Vorsitzender in K.Maraş).

Türkeş weilt wieder im Ausland

Am 25.7.79 meldete die Tageszeitung "Milliyet", daß Türkeş mit seiner Familie ins Ausland reiste.
Die Reihenfolge der Reiseziele ist England, Belgien, Holland und die BRD. Die Zeitung fügte hinzu, daß Türkeş im Ausland Gespräche auf "privater Ebene" führen werde.
Sucht Türkeş nach der Entlarvung der unzähligen Mordtaten seiner "Grauen Wölfe" seine Zuflucht im Ausland?

* * *

FRIEDENSKRÄFTE DEMONSTRIERTEN

Die Diskussion über die Spionageflugzeuge der USA, die im türkischen Luftraum fliegen sollen, wird in allen Schichten der Öffentlichkeit mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.
Die Friedensgesellschaft der Türkei (Bariş Dernegi) ging zum aktiven Kampf für die Sicherung des Friedens in unserer Region über. Sie rief alle demokratischen Kräfte auf, sich aktiv gegen jegliche Versuche die den Frieden gefährden können, zu widersetzen.

Über 50 demokratische Organisationen, Gewerkschaften und politische Parteien, folgten diesem Aufruf der Friedensgesellschaft und organisierten eine Demonstration und Kundgebung am 30.Juni in der westanatolischen Stadt Izmir, wo sich das Quartier der NATO-Süd-Ost-Flanke befindet.

Zehntausende nahmen an dieser Demonstration teil. Dabei wurden folgende Transparente getragen: "Nein zur NATO", "Die U 2 darf nicht fliegen", "Für eine unabhängige Türkei", "Weg mit den Militärbasen", "Nieder mit dem US-Imperialismus", "Nein zur Neutronenbombe", "Schluß mit dem Wettrüsten", "Ein Phantom - 750 Wohnungen", "Ein Phantom - Schulen in 300 Dörfern", "Kein Phantom, sondern Brot", "Kein Phantom, sondern Milch".

Nach der Demonstration und anschließender Kundgebung die durch die Aktionseinheit unterschiedlicher Schichten der Werktätigen, Parteien und demokratischer Organisationen verwirklicht worden war, wurde eine gemeinsame Erklärung eröffentlicht, in der u.a. unterstrichen wird: "Unser friedliebendes Volk will kein Gendarm des US-Imperialismus, kein Helfer der Versuche der NATO, die den Weltfrieden stören, sein."

STREIK DER CHEMIE-ARBEITER



DIE CHEMIE-ARBETTER SIND AUF DEM MARSCH NACH ANKARA

Der Streik der Chemie-Arbeiter in der südanatolischen Stadt Mersin wurde nach 18 Monaten erfolgreich beendet! Er war einer der erbittersten Streiks in der Türkei.

Die Chemiefirma, ein gemeinsames Unternehmen der größten Handelsbank der Türkei Iş-Bank und der glasproduzierenden Privatwirtschaft, besitzt eine Monopolstellung in der Soda-Produktion innerhalb der Türkei.

Dem Unternehmen steht die zur DISK gehörende Chemiearbeiter-Gewerkschaft PET-KIM-IŞ gegenüber.
In dem Betrieb sind 800 Arbeiter beschäftigt.

Anfang 1978, als die Ecevit-Regierung an die Macht kam, nahm die Gewerkschaft die Tarifverhandlungen auf, die sehr lange dauerten und schließlich an der Hartnäckigkeit der Unternehmer scheiterten.
Die Unternehmer bestanden besonders darauf, Techniker, Meister und Ingenieure nicht als Mitglieder der Gewerkschaft zu akzeptieren.

Nach dem Scheitern der Verhandlungen traten die Arbeiter in den Streik. Nach fünf Monaten setzte die Ecevit-Regierung den Streik zuerst für 30 Tage, dann für 60 Tage aus mit dem Vorwand, die Sicherheit der Türkei sei gefährdet!
Gleichzeitig hob die Regierung die Einfuhrbeschränkung für Soda auf, was die Gewinne des bestreikten Unternehmens in die Höhe trieb, denn es besaß auch für die Sodaeinfuhren die Monopolstellung.
Nachdem über hundert Arbeiter entlassen und später alle Arbeiter ausgesperrt worden waren, versuchte das Unternehmen mit Hilfe der faschistischen "Grauen Wölfe" die Produktion wieder in Gang zu setzen.

Die Sonderabteilung der Armee, als "blaue Baretts" bekannt (eine Analogie zu den "green Barretts" in den USA), wurden nach Mersin versetzt, um eventuelle Gegenmaßnahmen der Soda-Arbeiter zu unterdrücken.

Die Arbeiter und ihre Gewerkschaft gaben jedoch nicht auf.Sie wurden von einer breiten Solidaritätsbewegung unterstützt. Alle fortschrittlichen Organisationen bekundeten ihre Unterstützung und mehrere CHP-Abgeordnete kritisierten sogar die Haltung der Ecevit-Regierung.

Vor einem Monat beschlossen die Soda-Arbeiter einen Marsch auf Ankara, um damit die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf sich zu lenken.
Die Kriegsrechtsverwaltung in Ankara verbot den Arbeiter den Einzug in die Hauptstadt. Daraufhin schlugen sie ihre Zelte am Stadtrand auf, wo sie von vielen Arbeitern und Bauern aus den umliegenden Dörfern, Intellektuellen und CHP-Abgeordneten besucht wurden. die sich mit ihrem Kampf solidarisierten.

Angesichts des hartnäckigen Widerstandes der Arbeiter und der breiten Solidarität, mußten schließlich die Unternehmer nach 18 Monaten nachgeben und die Forderungen der Gewerkschaft annehmen.

Danach wird der Tageslohn des vergangenen Jahres um 100 TL, für dieses Jahr um 130 TL und für das kommende Jahr um 150 TL erhöht. Weiterhin werden die entlassenen Arbeiter wieder eingestellt und der 1.Mai als Feiertag der Arbeiterklasse anerkannt.



„IKD darf nicht verboten werden"

Die Tätigkeit des Progressiven Frauenvereins (IKD) wurde am [illegible].April dieses Jahres vom Kriegsrechtskommandanten in Ankara ohne Begründung verboten. Alle Sektionen des Vereins in der gesamten Türkei mußten ihre Aktivitäten einstellen.

Die IKD wurde 1975, im Internationalen Jahr der Frau, gegründet. Seither hat sie sich mit ihren fast 100 Sektionen zu einer gesellschaftlichen Kraft entwickelt. Ihre Ziele sind u.a.:

Organisierung von Alphabetisierungskursen für Frauen, Errichtung der gesetzlich vorgeschriebenen Kinderkrippen in den Betrieben, Kampf für die Gleichberechtigung der Frauen.
Die IKD setzt sich weiterhin für Frieden und Fortschritt, gegen die faschistische Gefahr, ein.



DIE FRAUEN AUF DEM MARSCH NACH ANKARA

Obwohl **Ecevit** selbst sagte, daß das Kriegsrecht nicht gegen demokratische Rechte und Freiheiten gerichtet ist, darf die IKD ihre Tätigkeit nicht fortsetzen.
Die IKD hat gegen diese willkürliche Maßnahme der Kriegsrechtskommandantur eine Klage beim Verfassungsgericht in Ankara eingereicht. Das Gericht aber schiebt bis heute die Entscheidung auf die lange Bank.

Das Verbot der IKD rief in der ganzen Türkei heftige Proteste hervor. Zahlreiche demokratische Organisationen und Gewerkschaften bekundeten ihre Solidarität.
Die Frauen aus Istanbul und Izmir organisierten einen Sternmarsch nach Ankara. Zwei Demonstrationszüge, die am 20.Juli von Istanbul und Izmir aus gebildet worden waren, trafen sich am 22.Juli in der Stadt Bursa, wo eine große Kundgebung stattfand.
Als sich der Demonstrationszug Ankara näherte, wurde ihr Einzug in die Stadt von der Kriegsrechtskommandantur verhindert und der Marsch endete an der Stadtgrenze. Lediglich eine Delegation wurde zu Gesprächen mit der Regierung zugelassen.
Der Sternmarsch gilt als eine erfolgreiche Aktion der Frauen in der Türkei im Kampf für Demokratie.

Protestkundgebung in Westberlin



Auch im Ausland wurde diese Aktion unterstützt. So hat z.B. der Türkische Frauenverein in Westberlin eine Protestkundgebung vor dem türkischen Generalkonsulat durchgeführt. Unter Losungen wie "Die IKD darf nicht verboten werden", "Kein Durchkommen dem Faschismus", "Weg mit dem Kriegsrecht" haben türkische, griechische und deutsche Frauen gegen dieses Verbot protestiert und ihre Solidarität mit dem Kampf der Frauen der Türkei bekundet.

IWF erzwingt die Kapitulation

Die Ecevit-Regierung hat am 11.6.79 die devalvatorischen Maßnahmen bekanntgegeben, die - wie auch von der bürgerlichen Presse unverblümt zugegeben wird - praktisch die bedingungslose Kapitulation gegenüber dem IWF bedeuten.

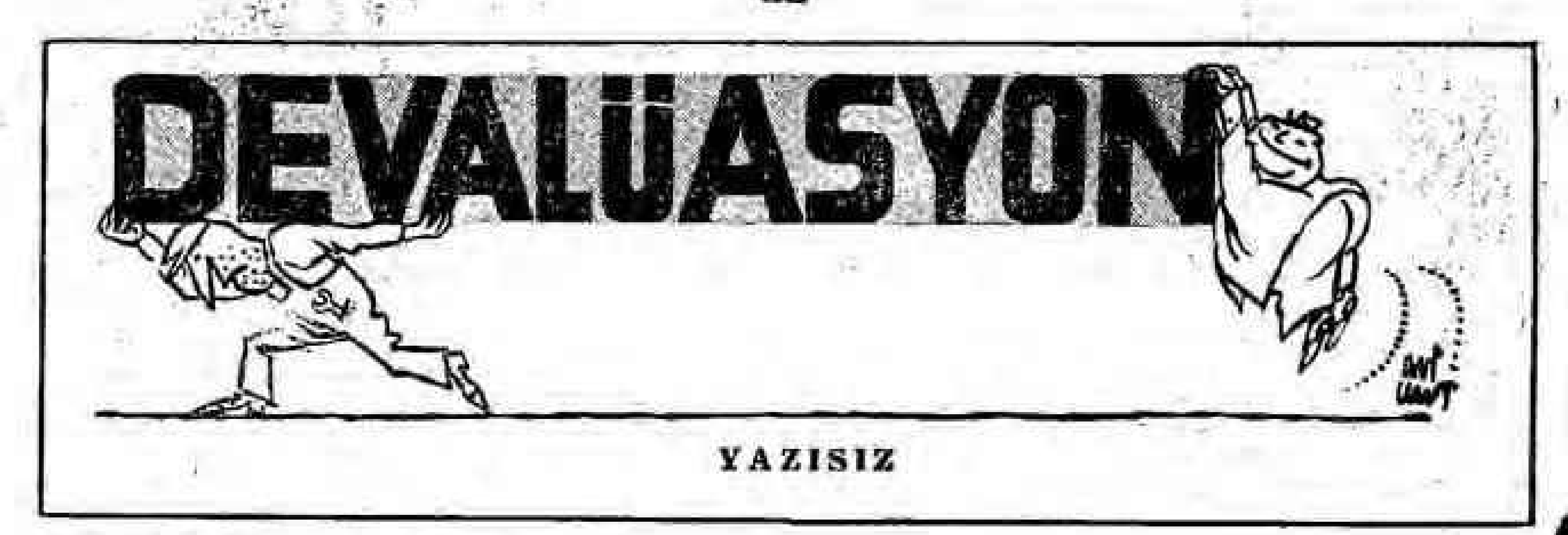
Nach langem Hin und Her wurden die Forderungen des IWF angenommen. Die Devalvation, d.h. die Abwertung der türkischen Währung (TL) gegenüber dem US-Dollar und der DM beträgt 44%. Sie bildet einen Teil der IWF-Forderungen.

Wie wir in früheren Ausgaben von TÜRKEI HEUTE berichteten, fordert der IWF darüberhinaus als Gegenleistung für seine Kredithilfe: Einfrierung der Löhne, Begrenzung der Grundpreise für Agrarprodukte, Begrenzung der Subventionierung der Staatsbetriebe. Abbrechung der anfänglich guten Beziehungen zu den sozialistischen Ländern.

"Die Türkei ist der zentralen Bedingung des Internationalen Währungsfonds (IWF) sowie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) für die Gewährung kräftiger finanzieller Hilfe nachgekommen und hat seine Währung drastisch abgewertet. Der Abwertungssatz beträgt 44% gegenüber dem US-Dollar, nachdem dessen Parität nun auf 47,10 Türkische Pfund lautet gegenüber vorherigen 26,50 Pfund. Lediglich für Öl- und Düngemittelimporte beträgt der neue Wechselkurs 35 Pfund je Dollar (dies entspricht einer Abwertung von 24%)."
(Frankfurter Rundschau, 13.6.79).

Es ist ein Rätsel, wie die Wirtschaftsexperten der kapitalistischen Welt den Abwertungssatz (im allgemeinen) berechnen. Um den Prozentsatz niedrig zu halten, werden unzählige Tricks angewandt, in denen man völlig den Überblick verliert.

So ist z.B. der "offizielle Kurs" des türkischen Pfunds gegenüber dem US-Dollar 35 Pfund pro Dollar. Für sehr viele Ex- und



AUS "CUMHURIYET", 17 Juni 1979

Importwaren werden jedoch Zuschläge berechnet. So schwankt der Wert des Dollars zwischen 35 und 48,10.
Und es ist eine Binsenweisheit, daß kaum Geschäfte mit dem "Westen" ohne "Zuschläge" abgewickelt werden. Der offizielle Wert des US-Dollars ist also praktisch wertlos.

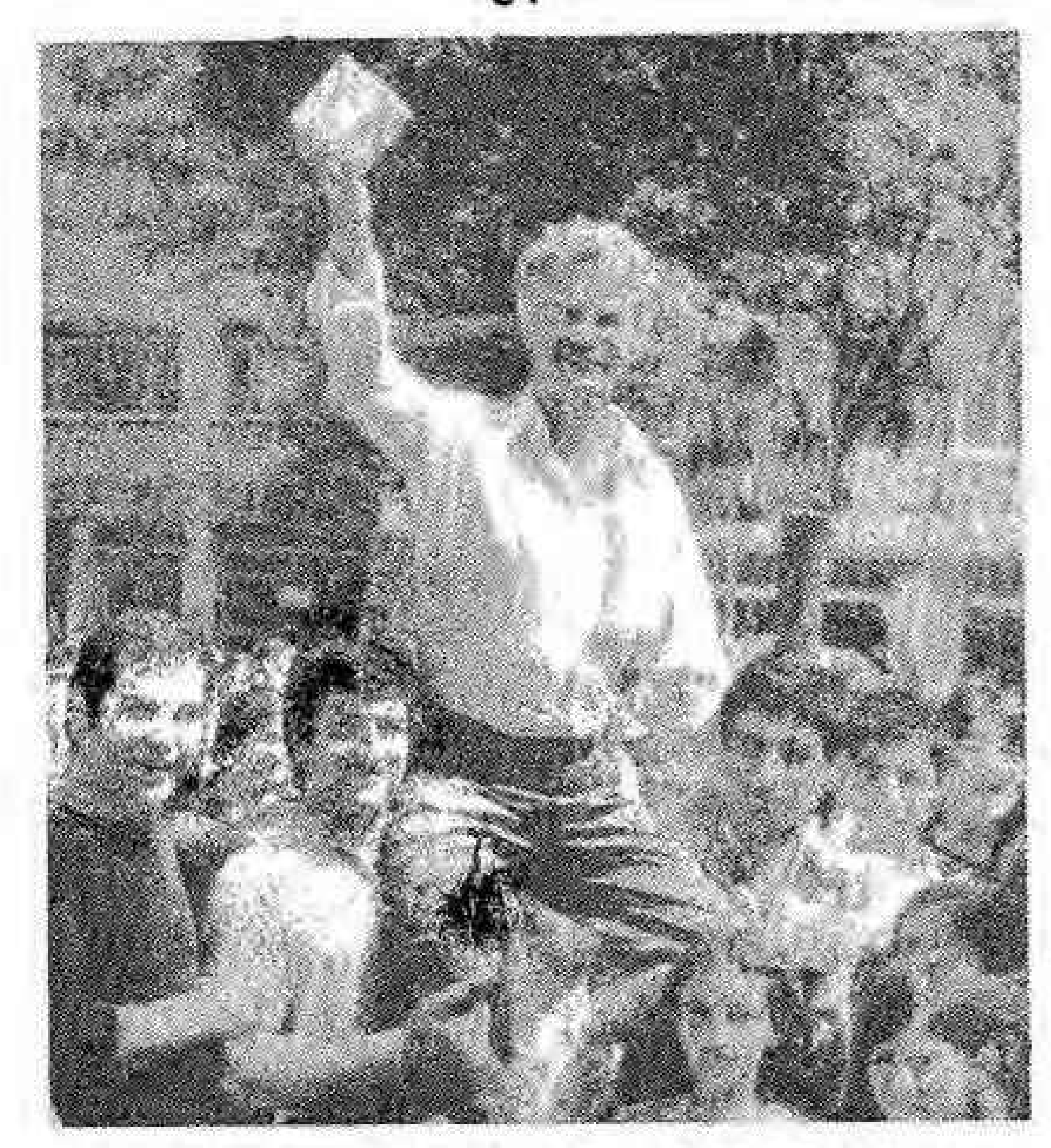
Unter Berücksichtigung dieser "Zuschläge" und "Extras" beträgt der neue Abwertungssatz 77%! Denn sonst kann man die neue Abwertung der Türkischen Lira gegenüber dem US-Dollar von 26,50 auf 47,10 unmöglich erklären.

Nach der letzten Devalvation werden die Importwaren der Türkei um rund 40% teurer. Es stellt sich die Frage, wer wohl diese Teuerung auszugleichen hat. Die Antwort kann nicht schwer fallem. Denn die Teuerung der Importgüter zieht unaufhaltsam (unaufhaltsam, weil der Staat keine Devisenreserven hat) die Erhöhung der Innenmarktpreise nach sich. So werden die minderbemittelten Massen die Rechnung auf den Tisch bekommen.

Die neue Abwertung benachteiligt auch die Agrarproduzenten. Für ihre Waren bekommen sie nun 35 TL pro Dollar, während industrielle Unternehmer bis zu 48,10 TL hochgehen können.
Damit wird belegt, daß Ecevit auch den Wunsch des IWF, "Begrenzung des Einkommens der Bauern", erfüllt hat.

Neue Welle der Preiserhöhungen

Gleich einen Tag nachdem die Abwertung der TL bekanntgegeben worden war, traten neue Preiserhöhungen in Kraft.
Hier einige Beispiele:
Für Benzin 30%, alkoholische Getränke um 31-150%, Eisen und Stahl um 50-60%, Kohle um 50%. (Siehe Cumhuriyet, 12.,13.6.79).



GRUNDNAHRUNGSMITTEL SIND KNAPP.VOR DEN LÄDEN BILDEN SICH LANGE SCHLANGEN.OBEN: SIEGER DES TAGES; ER HAT ES GESCHAFFT, 2 PACKUNG MARGARINE ZU KAUFEN.

Es ist wahrhaft schwierig, in einem Artikel die Folgen dieser Preiserhöhungen zu schildern. Was die Frankfurter Rundschau am 25.6.79 schrieb: "Ein Aufschrei ging durchs Land", ist nicht übertrieben.

Die Lebenshaltungskosten sind besonders in den Großstädten so hoch geworden, daß eine Hungersnot nicht mehr verwunderlich sein kann.
Die Preiserhöhungen für Benzin, Kohle und Eisen trieben fast alle Industrie- und Landwirtschaftsprodukte in die Höhe. Es herrscht ein verbrecherischer Preismarkt, in den die Regierung nicht nachhaltig eingreifen kann.

Nach Angaben des Ministeriums für Industrie und Technologie wurden die Preise der Industrieprodukte in den letzten fünf Jahren genau 1525 mal (!) erhöht (Cumhuriyet, 19.6.79). Und dieses (natürlich) mit der Genehmigung des Ministeriums.

Kapitulierende Absichtserklärung

Die bürgerlich-liberale Tageszeitung "Milliyet" veröffentlichte am 29.7.79 (Europa-Ausgabe) die "Absichtserklärung", mit der sich die türkische Regierung an den IWF wandte. Die "Absichtserklärungen" krisenzerrütteter kapitalistischer Staaten sind genauso alt, wie der IWF selbst (er wurde 1944 gegründet).

Die "Absichtserklärungen" der unter dem Druck des Imperialismus zerrütteten Länder an den IWFstellen eine Art "Garantieschein" dar, für die gewissenhafte Erfüllung der erpresserischen Vorbedingungen.

Die "Absichtserklärung" (am 30.Juni '79 verfaßt) der Ecevit-Regierung beinhaltet im Großen und Ganzen die wirtschaftlichen Maßnahmen, die vom IWF gefordert worden waren. Sie besteht aus 28 Punkten. Darin wird erklärt:

1. Die steigende Inflation kann nicht verhindert werden, deshalb werden Lohn- und Gehaltserhöhungen begrenzt.
2. Die Grundpreise für Agrarprodukte werden begrenzt.
3. Durch eine neue Steuerreform werden u.a. indirekte Steuern erhöht.
4. Die Export-Firmen werden unter günstigeren Bedingungen subventioniert (sie können z.B. über 50% ihrer Deviseneinkommen frei verfügen).
5. Nach Wunsch des IWF kann mehrmals abgewertet werden.
6. Die staatlichen Kredite an den staatlichen Wirtschaftssektor werden gekürzt (d.h., die Produkte werden teurer).

Die Absicht, die Werktätigen noch mehr auszubeuten, wird in diesem Beleg der Kapitulation nicht verheimlicht.

Nun erhält die Ecevit-Regierung eine Finanzspritze von insgesamt 1,45 Mrd.Dollar, davon 906 Mio. als Darlehen zur Importfinanzierung.

1978 GOLDENES JAHR DER UNTERNEHMER

1978 war ein Jahr, in dem die Privatunternehmer sehr laut über ihre angeblichen Verluste gejammert hatten: "Der privat-wirtschaftliche Sektor kann sich kaum auf den Beinen halten", "wenn es so weiter geht, muß die Privatindustrie ihre Tore schließen." Oder: "Der private Unternehmergeist ist zum Sterben verurteilt."

TABELLE I

NAME DER FIRMA	PROFITE 1977 Mio TL	1978	STEIGERUNG IN %
Akçimento	58.0	87.4	50.6
Good Year	36.7	64.0	74.3
Çelik Halat	72.4	147.0	103.0
İzocam	33.9	39.1	17.1
Kordsa	79.6	145.1	82.2
Koruma Tarım	59.0	105.5	78.8
Makina Takım	23.2	32.1	38.3
Sunta Sanayi	80.2	104.4	30.1
Kartesan	83.4	148.2	77.7
KAV	30.3	65.3	115.5
Sarkuysan	135.9	165.5	22.1
Çukurova Elektrik	239.0	375.6	57.1
Ege Biracılık	61.3	87.6	42.9
Hektaş	30.2	64.3	129.1
Nasaş	124.1	186.1	49.7
Sifaş	88.5	127.5	44.0
Uniroyal	38.6	94.7	144.7
Gübre Fabrikaları	38.7	63.6	64.3
Pimaş	39.2	48.1	22.7
T.Demir Döküm	61.6	132.7	154.0

Und schließlich hat sich dieses Gejammer in "Drohinserate" in den Tageszeitungen (ganzseitig versteht sich) verwandelt. (Siehe auch TÜRKEI HEUTE vom Juni 79).

Dahinter steckt offensichtlich der Versuch der Unternehmer, berücksichtigt man die Steigerung ihrer Profitraten, die Regierung zu schwächen und gegebenenfalls zu stürzen um damit die "richtige Regierung und Führer" an die Macht zu bringen.

Wegen Devisenmangel und unzureichender Rohstoffeinfuhren mussten tatsächlich viele Unternehmer ihre Produktionskapazitäten verringern.
Trotz dieser Tatsache haben die Großunternehmer im Jahre 1978 ihre Profite durchschnittlich über 60% gesteigert (im Vergleich zu 1977). Der Tabelle 1 kann man entnehmen, daß einige Firmen ihre Profite sogar bis 150% (!) steigern konnten, was auch ein Beweis für die ungesunde und unkontrollierte Entwicklung des Kapitalismus in der Türkei ist.

TABELLE II

PROFITE EINIGER GRÖSSTEN MONOPOLE

NAME	EIGENKAPITAL (Mio TL)	PROFITE 1977 (Mio TL)	PROFITE 1978 (Mio TL)	STEIGERUNG IN %
Koç Holding	300.0	412.6	566.9	37.4
Transtürk	300.0	45.9	85.5	86.2
T.Şişe Cam	200.0	178.8	247.9	38.6
Koç Yatırım	400.0	125.3	150.8	20.3
DEVA	200.0	34.0	93.3	74.4
Eczacıbaşı	180.0	32.9	48.9	48.6
Alarko	130.0	17.5	46.8	167.4

TABELLE III

MONAT	PREISSTEIGERUNGS-RATE IN %	STEIGERUNG DER LÖHNE IN %	STEIGERUNG DER REALLÖHNE IN %
Januar	4.0	9.1	5.1
Februar	5.3	-4.4	-9.7
März	1.9	4.7	2.8
April	3.0	3.0	0.0
Mai	5.2	-2.4	-7.4
Juni	4.1	1.7	-2.4
Juli	3.8	4.7	0.9
August	2.6	5.1	2.5
September	4.5	3.3	-1.2
Okteber	4.8	-1.5	-6.3
November	3.2	-0.3	-3.5
Dezember	1.7	0.8	-0.9

Quelle:
für Tabelle I und II: Zeitschrift der Wirtschaftskammer Istanbul, Jahresberichte der genannten Firmen, Bulletin der Holding gesellschaften;
für Tabelle III: Tageszeitung "Politika" vom 13 Juni 1979.

Der Tabelle 3 ist zu entnehmen, daß sich die Reallöhne im gleichen Jahr negativ entwickelt haben, d.h., sie sind gesunken. Der horrende steigende Profit einerseits, und die sinkenden Reallöhne andererseits, sind ein Beweis für das unvorstellbare Ausmaß der Ausbeutung der Werktätigen der Türkei.

FESTE der SOLIDARITÄT

400.000 Menschen, Deutsche und Ausländer, darunter viele Arbeiter aus der Türkei, besuchten das diesjährige Pressefest der "Unsere Zeit", des Zentralorgans der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), das am 22.-24.6. in Essen stattfand.

In der Halle "Internationalismus" waren die Arbeiter aus der Türkei und ihre Organisationen mit einem Informations- und Spezialitätenstand vertreten.

Sie hatten zuvor "Komitees zur Soildarität mit der UZ" gebildet und waren bestens vorbereitet. Der Türkische Arbeiterchor aus Westberlin, die Folklore des Volkshauses Frankfurt und der türkische Sänger Timur Selçuk leisteten kulturelle Beiträge und stellten die Kultur der Türkei dem begeisterten Publikum vor.

Der Vorsitzende der DKP, Herbert Mies. besuchte u.a. den Türkei-Stand und betonte in seiner Rede,daß die DKP eine internationalistische Partei ist und sich konsequent für die Interessen der ausländischen und deutschen Arbeiter einsetzt und auch für die Freiheit der KPdT kämpft.
Seine Rede wurde mehrmals von Hochrufen wie "Hoch die internationale Solidarität", "Freiheit für die TKP", "DKP - TKP" unterbrochen.

Am 14./15. Juli fand rund um die Westberliner "Neue Welt" das Pressefest der sozialistischen Tageszeitung "Die Wahrheit", des Zentralorgans der Sozialistischen Einheitspartei Westerlins (SEW) statt.

Die ausländischen Arbeiter, unter ihnen die Arbeiter aus der Türkei, die in Westberlin leben und arbeiten, nahmen an diesem Pressefest teil.

Auch in diesem Jahr verlief das Wahrheit-Pressefest voll und ganz im Geiste des Proletarischen Internationalismus, zu dem das reichhaltige und vielseitige internationale Kulturprogramm mit über 800 Künstlern wesentlich beitrug.

Einen der größten Stände wurde von den Arbeitern aus der Türkei gestaltet. Den Besuchern wurden Informationen und Spezialitäten angeboten. Während des zweitätigen Festes wurden tausende Unterschriften für die Freiheit der Kommunistischen Partei der Türkei

gesammelt. Die roten Halstücher mit der Aufschrift "Freiheit für die TKP" waren sehr gefragt und am ersten Tag vergriffen.

Die Delegationen der Zeitschriften Prawda, Neues Deutschland, Rude Pravo, Rabotnitschesko Delo, Trybuna Ludu, Nepszabadzag, Unsere Zeit, L'Humanité, L'Unita, Land og Folk, besuchten zunächst einzeln, dann gemeinsam den Türkei-Stand und wurden von Arbeitern und Studenten aus der Türkei mit Begeisterung und Hochrufen begrüßt. "Hoch die internationale Solidarität" war groß geschrieben!

Am zweiten Tag, gegen Abend, kam es zu einer spontanen antifaschistischen Kundgebung, nachdem die Besucher aufgrund eines Bombenalarms den Festplatz vorübergehend räumen mußten und sich an der Hasenheide versammelten.

Zwei Stunden lang protestierten Arbeiter und Studenten aus der Türkei, Iran, Griechenland und Lateinamerikaner zusammen mit den deutschen Kollegen gegen diesen Bombenanschlag und riefen Losungen wie "SEW - TKP", "SEW - Tudeh", "Nazis raus aus Westberlin".

Alle Besucher blieben, bis die polizeiliche Untersuchung beendet war und zwei Bombenattrappen ans Tageslicht förderten. Dann wurde das Pressefest lebhafter als zuvor fortgesetzt.

Am Abend besuchte der Vorsitzende der SEW, Horst Schmitt und die zweite Vorsitzende, Inge Kopp, den türkischen Stand, wo sie herzlich empfangen wurden. Horst Schmitt versicherte die Unterstützung der SEW für den Kampf der Arbeiter aus der Türkei und für den Kampf der KPdT für ihre Legalisierung.



STAND DER ARBEITER AUS DER TÜRKEI BEI DEM UZ-VOLKSFEST IN ESSEN.

IMPRESSUM

Herausgeber....: TBÖK, Gartenstr.96, 6000 Frankfurt/M. 70
Druck : Eigendruck, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61
Bestellung u.
Schriftwechsel: TTO, Katzbachstr.3, 1000 Berlin 61

Konto Nr. : 239 398-109 Postscheckamt Berlin - West
TÜRKEI HEUTE erscheint monatlich